

POSITIONSPAPIER

Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe ist Menschenrecht

Dieses Positionspapier wendet sich an alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft.

Der Runde Tisch Deutschland gegen FGM_C (Female Genital Mutilation_Cutting) will gemeinsam mit den betroffenen Frauen und den Fachkräften, die sich auf den verschiedenen Ebenen von Gesellschaft und Politik für sie einsetzen, ein Forum zu Austausch und zielgerichteter Lobbyarbeit sein. Seit Anfang 2024 finden die vierteljährlichen Treffen online statt.

Wir haben in vielen Sitzungen die Erfahrungen und Sorgen der betroffenen Frauen und Mädchen, von Ärztinnen und Ärzten, Rechtsanwältinnen und -anwälten sowie Mitarbeitenden der Beratungsstellen angehört und ihre Forderungen zu diesem Positionspapier zusammengefügt.

Wir möchten damit nicht nur auf die Probleme aufmerksam machen, sondern auch die dringenden Handlungsbedarfe auf rechtlicher, sozialer, psychologischer und medizinischer Ebene aufzeigen. Dieses Positionspapier soll damit eine Grundlage für Gespräche mit Ihnen, den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, bilden, um ganz konkret die Situation der betroffenen Frauen und Mädchen zu verbessern.

Runder Tisch Deutschland gegen FGM_C
c/o Aktion Weißes Friedensband e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Günter Haverkamp
Mobil 0171-8379230
haverkamp@friedensband.de

Der Runde Tisch Deutschland gegen FGM_C fordert:

1. Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe
Alle frauenspezifischen Formen von Gewalt gegen Frauen als Fluchtgründe anerkennen.
2. Sensibilität bei Anhörung und Begutachtung
Die FGM_C betroffenen und bedrohten Frauen und Mädchen dürfen nur von zu FGM_C geschultem weiblichem Fachpersonal beim Bundesamt angehört werden.
3. Schutz für Mädchen vor FGM_C
Offizielle Informationsmaterialien zur Prävention von FGM/C sowie zum Gesundheits- und Rechtssystem. Die bereits vorhandenen U- und J-Untersuchungen sind zu nutzen.
4. Sensibilisierung und Qualifizierung
Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachkräften im medizinischen und im Rechtsbereich.
5. Sichere Unterbringung
Eine traumasensible Unterbringung und eine flächendeckende medizinische Versorgung dieser vulnerablen Gruppe.
6. Schutz vor illegalen Pushbacks und weiterer Gewalt durch Dublin-Verfahren
Illegale Pushbacks an den europäischen Außengrenzen und Dublin-Verfahren für Frauen und Mädchen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen oder bedroht sind, beenden.

1. Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe

Wir fordern die Bundesregierung auf, die von FGM/C betroffenen und bedrohten Mädchen und Frauen vor Gewalt zu schützen, indem alle frauenspezifischen Formen von Gewalt gegen Frauen als Fluchtgründe anerkannt werden.

Der Schutz vor jeder Form von geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein Menschenrecht. Eine weibliche Genitalbeschneidung ist eine schwere Form sexualisierter Gewalt sowie eine gravierende Menschenrechtsverletzung gemäß den Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen (UN), wie das Abkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), das Abkommen über die Rechte der Kinder (CRC) und das Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR). Betroffene Frauen erleiden oft weitere traumatisierende Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsehe (im Kindesalter), Vergewaltigungen, Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie gesundheitliche Folgen und Diskriminierungen in verschiedenen Bereichen, so auch intersektionale Diskriminierungen, wenn sich Sexismus und Rassismus und andere Gründe hierbei verbinden.

Trotz der rechtlichen Grundlagen gemäß Artikel 60 der Istanbul Konvention und nach der EU-Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95) kommt es in der Praxis häufig zu Ablehnungen von Asylanträgen von Frauen, die frauenspezifische Verfolgung geltend machen. Geflüchtete Frauen aus Herkunftsländern wie Afghanistan, Iran, Eritrea oder Somalia sind in der Regel von geschlechtsspezifischer Gewalt wie zum Beispiel FGM_C, Früh-

bzw. Zwangsverheiratung, häuslicher Gewalt betroffen. Dies lässt darauf schließen, dass der Anteil an Frauen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Gewalt fliehen, sehr hoch ist.

Es ist daher nicht nachzuvollziehen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2023 nur bei knapp 4.800 Frauen und Mädchen eine geschlechtsspezifische Verfolgung festgestellt hat – das entspricht lediglich 7,8 Prozent der inhaltlich geprüften Asylentscheidungen von Frauen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Gewalt ihr Heimatland verlassen haben (pro Asyl 08.03.2024). Die Zahlen für 2024 sind vergleichbar. Dies zeigt, dass das Thema vom Bundesamt nicht genug gesehen wird und es seiner Verpflichtung nicht nachkommt, den Asylgrund geschlechtsspezifische Verfolgung sorgfältig zu prüfen. Viele Beratungsstellen stellen fest, dass frauenspezifische Fluchtgründe vom Bundesamt häufig nicht anerkannt werden.

Wir fordern, dass den Aussagen der Frauen im Asylverfahren entsprechend der Beweislastumkehr vorrangig geglaubt wird. Außerdem fordern wir eine verbesserte Umsetzung der Verordnung zur Anerkennung der geschlechtsspezifischen Gewalt als Asylgrund mit Geltung auf Bundes- und Landesebenen.

2. Sensibilität bei Anhörung und Begutachtung

Wir fordern, dass von FGM_C betroffene und bedrohte Frauen und Mädchen nur von zu FGM_C geschulten Fachpersonal beim Bundesamt angehört und medizinisch untersucht werden. Ebenso müssen Asylanhörungen traumasensibel und ausschließlich von weiblichem Personal vorgenommen werden. Entsprechend muss das BAMF ausreichendes weibliches Personal zur Verfügung stellen.

Wir fordern mehr Sensibilität für das Thema bei den Anhörungen, denn vielen Frauen ist zunächst gar nicht bewusst, dass sie Betrof-

fene von geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind und ein Recht auf Schutz und Unterstützung haben. D.h. konkret, trauma-

sensible Räume und Anhörung von weiblichen geschlechtsspezifischen Anhörerinne(n) und Dolmetscherinnen, die über diverse Menschen- beziehungsweise Frauenrechtsverletzungen in Fortbildungen ausgebildet sein müssen wie speziell über FGM_C.

Anhörerinne(n) müssen zudem in der Lage sein, Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung zu erkennen. Aktuell werden diese Symptome häufig als unzusammenhängender Vortrag gedeutet und deren Glaubwürdigkeit in Frage gestellt (zum Beispiel, wenn eine Antragstellerin von traumatischen Erlebnissen nicht in der richtigen zeitlichen Abfolge berichten kann).

Anhörerinne(n) und Dolmetscherinnen müssen geschlechtshomogen sein, damit Betroffene überhaupt in die Lage versetzt werden, über Fluchtgründe offen sprechen zu können.

Was für eine ärztliche Stellungnahme erforderlich ist, obliegt dem geschulten medizinischen Fachpersonal. Behörden müssen die Anamnese der geschulten Fachkräfte ernst nehmen, da zum Beispiel ein durch die Geburt eröffneter Typ III nur durch eine Ana-

mnese, das heißt ein Gespräch mit der Patientin festgestellt werden kann.

Untersuchungen, die aus asylrechtlichen Gründen oder zum Schutz des Kindes durchgeführt werden, müssen die Würde und körperliche Integrität der Patienten wahren. Dies ist bei Kindern und Jugendlichen nur durch gleichgeschlechtliches und sensibilisiertes Personal möglich.

Bei Frauen aus Ländern mit einer sehr hohen FGM_C- Prävalenz wie zum Beispiel Somalia mit einer Beschneidungsrate von 99 Prozent (Unicef 2024) soll auch ohne medizinisches Attest die genitale Beschneidung beziehungsweise die Bedrohung geglaubt werden.

Deutschland muss Überlebenden und Gefährdeten Schutz bieten – stattdessen erleben Opfer von FGM_C, dass ihnen nicht geglaubt wird und sie ihre genitale Amputation und die Unversehrtheit ihrer Töchter in retraumatisierenden Untersuchungen beweisen müssen. Wir fordern deshalb erneut eine Beweislastumkehr für diese vulnerable Gruppe.

3. Schutz für Mädchen vor FGM_C

Wir fordern, dass offizielle Informationsmaterialien zur Prävention von FGM_C sowie zum Gesundheits- und Rechtssystem überall dort ausgelegt werden, wo medizinische, soziale und behördliche Kontakte stattfinden. Die bereits vorhandenen U- und J-Untersuchungen zu nutzen.

Einige der U- sowie J-Untersuchungen sehen bereits die Untersuchung der Geschlechtsorgane von Kleinkindern (Babys) und Jugendlichen vor. Diese sollten auch bei Mädchen zur Prävention von FGM_C genutzt werden, indem der äußerliche Check von FGM_C als Kategorie aufgenommen wird.

Entsprechend müsste das medizinische Personal geschult und mehr Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig lehnen wir gynäkologische Untersuchungen bei Kleinkindern und jungen Mädchen (vor der Pubertät) ab, wenn es sich um einen unfreiwilligen Kontext handelt.

Es müssen Informationsmaterialien für Eltern, speziell für Mütter angefertigt werden, die ihre Rechte, das Gesundheitssystem, und Möglichkeiten der Vorsorge, Betreuung und Beratung erläutern. Der "Schutzbrief" sollte überarbeitet werden.

Dies sollte in leichter Sprache, multilingual und auch bildlich durch die Einbindung von Illustrationen und Fotos umgesetzt werden.

Wichtig sind überdies Maßnahmen gegen Beschneidungen in den Ferien und im Kleinkindalter, die gemäß vieler Hinweise in Deutschland, im europäischen Ausland, in Urlaubs- und in Herkunftsländern stattfinden.

In der Ansprache von Betroffenen ist unbedingt auf Sprachsensibilität zu achten. Dies gilt auch für Formulierungen über die Betroffenen, zum Beispiel in behördlichen oder medizinischen Schreiben - den Begriff "Genitalverstümmelung" lehnen wir entschieden ab. Die betroffenen Frauen fühlen sich von diesem Begriff diskriminiert. Er ist negativ konnotiert und kann eine abschätzige Denkweise fördern.

4. Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften

Wir fordern die Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachkräften im medizinischen, im psychologischen und im Rechtsbereich, damit Betroffene Zugang zu Fachpersonal erhalten, das in FGM_C geschult ist.

Eine flächendeckende Sensibilisierung der Fachkräfte (z.B. Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal, Pädagoginnen und Pädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter u.a.) kann nur gewährleistet werden, wenn Fachkräfte in der Grundausbildung zu FGM_C geschult und sensibilisiert werden.

Diese Versorgung muss deutschlandweit gewährleistet sein. Aktuell gibt es viele Regionen in Deutschland, in denen keine Expertise zu FGM_C vorhanden ist. Dies führt dazu, dass Betroffene und Bedrohte in Gefahr sind; bedroht durch Beschneidung in und außerhalb Europas.

Es besteht auch die Gefahr traumatischer Geburtserfahrungen und schwerwiegender Geburtsverletzungen durch fehlende Kenntnisse zu FGM_C, der Nichtbehandlung infibulierter Patientinnen, was zu lebensbedrohlichen Gesundheitszuständen führen kann (zum Beispiel Vergiftungszustände, da Urin nicht ablaufen kann).

Zudem fordern wir einen beruflichen Verhaltenskodex für alle Mitarbeitenden des Gesundheitswesens, der mit einem Null-Toleranz-Ansatz gegenüber FGM_C übereinstimmt und sich an den Grundsätzen der Menschenrechte und Ethik orientiert.

5. Sichere Unterbringung

Wir fordern eine traumasensible Unterbringung und eine flächendeckende medizinische Versorgung dieser vulnerablen Gruppe.

Betroffene Mädchen und Frauen brauchen geeignete, abschließbare Einzel-Toiletten, die der jeweiligen Wohneinheit direkt zugänglich sind.

Alle Mädchen und Frauen müssen in Unterkünften sicher und geschützt leben können. Dies erfordert flächendeckende Frauenunterkünfte mit weiblichem Sicherheitspersonal, welches gewährleistet, dass Frauen vor Übergriffen und sexualisierter Gewalt geschützt sind.

Frauen, die von FGM_C betroffen sind, erleiden lebenslange gesundheitliche und psychische Folgen. Darum muss das Menschenrecht auf eine angemessene medizinische und therapeutische Versorgung gewährleistet sein.

Therapie- sowie Rekonstruktionsoperationen können Leiden mindern und wichtige Körperfunktionen wiederherstellen.

6. Schutz vor illegalen Pushbacks und weiterer Gewalt durch Dublin-Verfahren

Wir fordern die Bundesregierung auf, illegale Pushbacks an den europäischen Außengrenzen und Dublin-Verfahren für Frauen und Mädchen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen oder bedroht sind, konsequent zu beenden.

Es ist den Frauen gerade aufgrund der oben beschriebenen Traumatisierungen oft unmöglich, mit fremden Menschen über diesen tabuisierten Bereich zu sprechen.

Frauen und Mädchen, die vor geschlechtsspezifischer Gewalt geflohen sind, haben Anspruch auf rechtsstaatliche, rechtskonforme Asylverfahrensprüfung im Rahmen einer vollumfänglichen und menschenwürdigen Behandlung.

Das gilt ganz besonders für Frauen und Mädchen, die FGM_C erlebt haben oder davon bedroht sind. Nach Menschenrechtsstandards ist es staatliche Pflicht, ihre Rech-

te und ihren Schutz zu gewährleisten und sie keiner Zurückweisung, Grenzgewalt oder Zwangsuntersuchung auszusetzen.

Dublin-Verfahren stellen häufig eine weitere Gefahr für diese vulnerable Gruppe der Frauen und Kinder dar. Sie werden in den Einreiseländern häufig intensiv von Familienmitgliedern oder Menschenhändlern gesucht, um die Mädchen- und Frauen in ihre Heimatländer zum Zwecke der Zwangsehe oder im Rahmen von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung zurückzuführen. Überdies kann ihnen dadurch eine zweite Beschneidung drohen.

Erklärung

Wir haben mehrmals von "Typ III" gesprochen. Die Weltgesundheitsorganisation hat vier Typen der Beschneidung herausgestellt, wobei der Typ III den schwersten Grad der Zerstörung weiblicher Genitale bezeichnet.

Dabei wird die vaginale Öffnung i.d.R. durch zunähen stark verengt (infibuliert), nachdem Klitoris und Labien entfernt wurden. Um eine vaginale Entbindung zu ermöglichen, muss die verschlossene Vaginalöffnung deinfibuliert werden, wonach der Typ III nicht mehr äußerlich feststellbar ist.

Unterzeichnende Organisationen - von A bis H



AfroKids International e.V.



BAG Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer - BAFF e.V.




Caritasverband Düsseldorf e.V.



FIM Frauenrecht ist Menschenrecht
Beratung · Information · Empowerment
FIM e.V.



Fraueninformationszentrum (FiZ) Stuttgart



agisra e.V., Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung



Bayerischer Flüchtlingsrat



Deutscher Frauenring e.V.




Refugees Welcome to DÜSSELDORF
Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf e.V.




FRAUEN NETZWERK FÜR FRIEDEN
Frauennetzwerk für Frieden e.V.



Bella Donna



Diakonie Altholstein
Diakonisches Werk Altholstein
TABU - Fachstelle Frauengesundheit



Refugees Welcome
Flüchtlingshilfe Schönkirchen e.V.



Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.



FRIEDENSBAND
Aktion Weißes Friedensband e.V.
Bildungsportal KUTAIRI

BELLA DONNA - Ein Haus von Frauen e.V.



Deutscher Hebammenverband




FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG
... engagiert für eine menschliche Flüchtlingspolitik



FRAUENRAT NRW
FrauenRat NRW



AG GGUP
ARBEITSGEMEINSCHAFT GYNÄKOLOGIE | GEBURTSHILFE | UROLOGIE | PROKTOLOGIE
Arbeitsgemeinschaft Gynäkologie, Geburtshilfe, Urologie, Proktologie




benkadi
KULTUR RAUM AFRIKA
benkadi e.V.




DONNA MOBILE AKA e.V.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg



GGUA
Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.
GGUA e.V. Münster



Arbeitskreis Frauengesundheit
in Medizin, Psychiatrie und Gesellschaft e.V.
unabhängig · überparteilich
Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)



Beratungsstelle Frauennotruf München
Beratungsstelle Frauen*notruf München



donum vitae Landesverband NRW e.V.

FlüchtlingsRAT NRW e.V.



STADT RATINGEN DER BÜRGERMEISTER
Gleichstellungsbeauftragte Ratingen



AK Asyl e.V. Bielefeld



CAFÉ ZUFLUCHT
Deutschland, Thüringen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern
Café Zuflucht / Refugio e.V., Aachen




exilio - Hilfe für Migranten, Flüchtlinge und Folterüberlebende e.V.



FLÜCHTLINGSRAT Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Flüchtlingsrat MV e.V.

Gleichstellungsstelle Mülheim an der Ruhr
Gleichstellungsstelle Mülheim an der Ruhr



AWO Beratungszentrum Lore-Agnes-Haus




DEUTSCHER FRAUENRAT
Deutscher Frauenrat




Evangelische Frauenhilfe in Westfalen



Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Flüchtlingsrat Niedersachsen



GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE DER STADT QUICKBORN
Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Quickborn



AWO Arbeiterwohlfahrt Dortmund PSZ
Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge



Diakonie an sieg und rhein
Diakonisches Werk An Sieg und Rhein



Flüchtlingshilfe Lippe e.V.



Flüchtlingsrat RLP e.V.



DORMAGEN
Gleichstellungsstelle Dormagen




Diakonie
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Herford gGmbH



FACHSTELLE INTERKULTURELLE PSYCHOSOZIALE GESUNDHEIT RLP
Fachstelle interkulturelle psychosoziale Gesundheit Rheinland-Pfalz




Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.



FLENSBURG GLEICHSTELLUNGSBÜRO
Gleichstellungsbüro Stadt Flensburg



Arbeitskreis Flüchtlingshilfe e.V. Nordhorn



Diakonisches Werk des Ev. Kirchenkreises Wesel
Diakonisches Werk des Kirchenkreises Wesel



FAMILIENPLANUNGSZENTRUM - BALANCE



Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.



Hebammen-Landesverband Rheinland-Pfalz




FORWARD FOR WOMEN



hfr Hessischer Flüchtlingsrat



die profilotsin
Lehrer*innen Business Coaching
die profilotsin



FRAUEN HELFEN FRAUEN STORMARN E.V.
Frauen Helfen Frauen Stormarn e.V.



HVD Humanistischer Verband Deutschlands | Bundesverband
Humanistische Verband Deutschlands - Bundesverband e.V.

Unterzeichnende Organisationen - von I - Z



IBIS - Interkulturelle
Arbeitsstelle e.V.



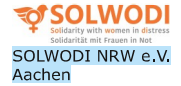
Koordinierungsstelle
gegen FGM_C



Netzwerk für traumatisierte
Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.



ProMädchen -
Mädchenhaus Düsseldorf e.V.



SOLWODI NRW e.V.
Aachen



imicon gUG - gemein-
nützige Asyl- und
Migrationsberatung



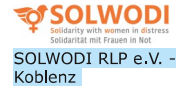
LANDESVERBAND DER HEBAMMEN
Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesverband der
Hebammen NRW



Niedersächsischer
Integrationsrat



Psychosoziales Zentrum
Südbrandenburg des
Caritasverbandes der
Diözese Görlitz e.V.



SOLWODI RLP e.V. -
Koblenz



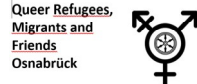
Wüstenrose - IMMA e.V.



LandesFrauenRat
Schleswig-Holstein e.V.



NURA, Leipzig e.V.



Queer Refugees,
Migrants and
Friends
Osnabrück



Sozialpsychiatrisches
Kompetenzzentrum
Migration -
StädteRegion Aachen



Institut für angewandte
Kulturforschung e.V.,
(ifak)



Kanzlei für
Migrationsrecht
legal links - Kanzlei für
Migrationsrecht



PAWLO-Masoso e.V.



Refugee Law Clinic Kiel
e.V.



stop mutilation
Deutschland e.V.



(I)NTACT e.V.



lifeline - Vormundschafts-
verein im Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.



pro familia Bundesverband



Refugium Wesermarsch
e.V.



TPI Traumpädagogische Initiative
Flensburg e.V.



IN VIA
DEUTSCHLAND
IN VIA Deutschland



Maisha e.V. - African Women
in Germany



pro familia Berlin



Republikanischer
Anwältinnen- und
Anwälteverein e.V. (RAV)



Verein für soziale Arbeit
und Kultur Südwestfalen
e.V.



IN VIA Bayern e.V.



Medinetz Essen e.V.



pro familia Hamburg



SKF Sozialdienst
katholischer Frauen e.V.
Köln



Verein für internationale
Jugendarbeit (VIJ e.V.)



ira e.V., Aachen



Mein Körper gehört mir e.V.



pro familia Ingolstadt



Weiterbildungsinstitut
Leben Lernen Wandel



Katholische
Frauengemeinschaft
Deutschlands (kfd),
Diözesanverband Trier



Medizinische Flüchtlingshilfe
Bochum e.V.



pro familia Landesverband
NRW



SKF Wiesbaden



Würzburg Solidarisch
e.V.



Kinderschutzbund LV
NRW



Münchener
Flüchtlingsrat



PSZ Bielefeld



SmF Wohlfahrts-
verband
Sozialdienst muslimischer
Frauen



Zentrale Bildungs-
und Beratungsstelle
für Migrant*innen
Zentrale Bildungs- und
Beratungsstelle für
Migrant*innen e.V., Kiel



Kölnischer Flüchtlingsrat e.V.



NALA e.V.



Psychosozialer
Trägerverein Euregio e.V.



SOLWODI Deutschland
e.V.



Zentrale Anlaufstelle
BADEN-WÜRTTEMBERG
Zentralen Anlaufstelle
FGM/C Baden
Württemberg

Unterzeichnende Einzelpersonen

Wir möchten uns bei allen bedanken, die sich in die Personenliste eingetragen haben und damit das Positionspapier "Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe ist Menschenrecht" unterstützen wollten.

- ▶ Ahmed, Mahjabin - Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V.
- ▶ Akyol, Dr., Nurgül - Klinikum Gütersloh gGmbH
- ▶ Ahmed, Mahjabin - Initiative für Internationalen Kulturaustausch e.V.
- ▶ Akyol, Dr., Nurgül - Klinikum Gütersloh gGmbH
- ▶ Ammermann, Doris - Refugium Wesermarsch e.V.
- ▶ Andresen, Antje - bequa Flensburg
- ▶ Arndt, Nadine - Rechtsanwältin
- ▶ Arpe, Dr. , Volker - St. Marien Hospital, Kinderklinik
- ▶ Azizi, Hasina, Deutscher Frauenring e.V., AIA
- ▶ Baller, Frauke - Psychotherapeutische Praxis/MHH
- ▶ Ballhorn, Dr. med., Annette
- ▶ Barnickel, Emily - Flüchtlingsrat Berlin e.V.
- ▶ Beckmann, Thomas-bequa Flensburg
- ▶ Behr, Annkathrin - Karin und Walter Blüchert Gedächtnisstiftung
- ▶ Berrer, Magdalena - Fraueninformationszentrum FiZ Stuttgart
- ▶ Berrut, Stéphanie
- ▶ Bir, Corinna- Bequa Flensburg
- ▶ Björklund, Monika GB Stadt Beckum
- ▶ Blomeier, Barbara - Arbeitskreis Frauengesundheit e.V.
- ▶ Böker, Marion, Deutscher Frauenring e.V., AIA . Convenor IAW Menschenrechtskommission, EWL EXCO
- ▶ Brandes, Dr. , Edda - BENKADI e.V.
- ▶ Brase, Corinna - Klinikum Lippe Detmold, Universitätsfrauenklinik
- ▶ Braig, Maria - Autorin
- ▶ Braun, Manuela- Bequa Flensburg
- ▶ Brosius, Marisa - Diakonisches Werk Wesel, Referat Migration und Flucht
- ▶ Brown, Wolette - Bequa Flensburg
- ▶ Bublitz, Maike - Beratungsstelle Frauennotruf München
- ▶ Chizari, Puria - Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum Migration StädteRegion Aachen
- ▶ Conrad, Dr., Catharina, Rechtsanwältinnen Berlin
- ▶ Creuzmann, Norika
- ▶ Cumar, Jawahir - stop mutilation Deutschland e.V.
- ▶ Dargel, Judtih - Pro Familia Bremen
- ▶ Decker, Maria - SOLWODI Deutschland e.V.
- ▶ Deery, Claire- Fachanwältin für Migrationsrecht
- ▶ Dilangu, Audrey - Fachstelle Interkulturelle Mädchenarbeit NRW
- ▶ Dolas, Eva - Diakonie Düsseldorf
- ▶ Dourado, Theda
- ▶ Dünwald, Marie - Imicon
- ▶ Eichhorn, Jutta
- ▶ Elfggen-Schiffner, Frederike
- ▶ Elsler, Felicia - TPI Traumapädagogische Initiative Flensburg e.V.
- ▶ Engelberts, Sophia
- ▶ Erichsen, Laura
- ▶ Feldhoff., Anna Luisa - NURA.Leipzig e.V.
- ▶ Frank, Silvia - Diakonisches Werk im Landkreis Lörrach
- ▶ Fries, Julia - ÄGGF e.V.
- ▶ Friedrichsdorf, Ina
- ▶ Furmanialk, Angela, Vorsitzende Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein
- ▶ Gilgen, Ina - Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.
- ▶ Gnegel, Regine,
- ▶ Godemann, Pia
- ▶ Görmar, Farina - Afrokids International e.V.
- ▶ Gräwe, Jule - lifeline - Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- ▶ Granitza, Florian
- ▶ Grass, Sonja - Rechtsanwältin
- ▶ Greiner, Wangare - Virginia-Maisha e.V.
- ▶ Grieser, Helena - Frauen helfen Frauen Stormarn
- ▶ Guder, Katrin Rechtsanwältin Kuhn und Kollegen Karlsruhe
- ▶ Gürke, Andrea - pro familia
- ▶ Habbe, Heiko, Rechtsanwalt - Rechtsberater*innenkonferenz
- ▶ Hamacher, Helene Uniklinik Aachen
- ▶ Hanke, Birgit - Rechtsanwältin
- ▶ Haverkamp, Günter - Aktion Weißes Friedensband

- ▶ Haverkamp, Manuela
- ▶ Heck, Andy - Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.
- ▶ Heller, Philomène - Eine-Welt-Forum Mannheim e.V.
- ▶ Hoegen, Monika - Journalistin communication for development
- ▶ Hönninger, Daniela - AG GGUP
- ▶ Höver, Justyna - Diözesane Flüchtlingsbeauftragte Diözese Rottenburg-Stuttgart
- ▶ Holzschuher, Peter - Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familien- und Migrationsrecht
- ▶ Horlitz, Ramona
- ▶ Horsch-Wutschel, Elisabeth - Arbeitskreis Frauengesundheit e.V.
- ▶ Hoymann, Heiner, Arbeitskreis Flüchtlingshilfe e.V. Nordhorn
- ▶ Hübnter, Torstenj - Rechtsanwalt
- ▶ Hüttinger, Zlatka - IN VIA Bayern e. V.
- ▶ Huppertz, Jutta - Landesverband donum vitae NRW e.V.
- ▶ Husemann, Maike - pro familia Ortsverband Bielefeld e.V.
- ▶ Imo, Ines
- ▶ Isbrandt, Christina - Rechtsanwältin
- ▶ Jaque-Rodney, Jennifer - Leben Lernen Wandeln
- ▶ Jenter-Singhateh, Verena - AWO UB Dortmund PSZ Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge
- ▶ Jordan, Maria - SOLWODI NRW e.V. Aachen
- ▶ Jungheim, Wolfgang
- ▶ Kamal, Magda
- ▶ Karumanchi-Dörsam, Dr., Rajya - Interkulturelle Promotorin Regierungsbezirk Karlsruhe
- ▶ Kraft, Michael - Rechtsanwalt
- Kemp, Julia - Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)
- ▶ Kerpen, Svitlana - Wurzelwerk soziale Dienste GmbH
- ▶ Kesper, Mercedes
- ▶ Kirstein, Katrin Inga - Rechtsanwältin
- ▶ Klaffus, Laura
- ▶ Khogali, Mona - Mein Körper gehört mir e.V.
- ▶ Korn, Thomas - Rechtsanwalt
- ▶ Krebs, Mareike, IN VIA Deutschland
- ▶ Kreyenbrink, Gisela - pro familia Hamburg
- ▶ Kutz, Michael - Der Kinderschutzbund NRW
- ▶ Layh, Katrin - IN VIA Bayern e. V.
- ▶ Lefelmann-Petersen, Ute - die profillotsin
- ▶ legal links - Kanzlei für Migrationsrecht
- ▶ Lesinski, Jenny
- ▶ Levin Freifrau von Gleichen, Dr., Tobe - 1. Vorsitzende Forward for Women und CEO, UnCUT/ VOICES Press
- ▶ Linnemann, Astrid - Landesverband donum vitae NRW e.V.
- ▶ Löhr, Bjarne
- ▶ Lohmann, Christian - Caritas Erlangen
- ▶ Mangold, Giannina - Rechtsanwältin
- ▶ Marks, Agnes
- ▶ Marks, Hans-Bernd
- ▶ Marquardt, Uwe
- ▶ Maximilian Wegge , Rechtsanwalt
- ▶ Maya, Anne - pro familia Nürnberg
- ▶ Mauch, Nadine - Gleichstellungsbeauftragte Ratingen
- ▶ Mauch, Bärbel - Flüchtlingsrat Baden-Württemberg
- ▶ Mischewski, Volker - Rechtsanwälte Thannheiser & Partner
- ▶ Mónica Castillo, Valencia
- ▶ Moudoumbou, Ballé - PAWLO-Masoso e.V.
- ▶ Nacke, Gudrun
- ▶ Nagy, Silvia
- ▶ Napoli, Alexandra
- ▶ Nemitz, Bärbel - Vorstand BELLA DONNA - Ein Haus von Frauen e.V.
- ▶ Neubauer, Fanny
- ▶ Neumann, Göran- Bequa Flensburg
- ▶ Nitschke, Anne - Rechtsanwältin
- ▶ Ntailan Lolkoki, Ntailan and Friends
- ▶ Oebels Martina - SkF e.V. Wiesbaden
- ▶ Oelkers, Marion
- ▶ Paschen, Emma
- ▶ Qasem, Linda - Profamilia Ingolstadt
- ▶ Radler, Dorothea - Kommunales Integrationszentrum
- ▶ Raj, Nailly - SEGEMI e.V.
- ▶ Rasho, Ameer - DRK-Kreisverband Olpe e.V.
- ▶ Reinhardt, Tabea - Entwicklungspolitisches Informationszentrum Göttingen
- ▶ Rieder, Aline - PSZ Dortmund
- ▶ Rinder, Nele - bequa Flensburg
- ▶ Rotenhan, Mathias - Gynäkologische Praxis
- ▶ Sachs, Tanja - Wüstenrose - IMMA e.V.
- ▶ Salmai, Homaira - R-E-K
- ▶ Sautter, Ulrike - Diakonie
- ▶ Schandl, Harald - Rechtsanwalt
- ▶ Schmalzl, Melanie - Beratungsstelle Frauennotruf München
- ▶ Schmitt-Reinholtz, Ingo
- ▶ Schmitz, Esther - Landesverband der Hebammen NRW

- ▶ Schneehorst-Pfeifer, Eva
- ▶ Schölermann, Sabine - Rechtsanwältin
- ▶ Schrammen, Bianca - katho, Katholische Hochschule Aachen
- ▶ Schröder, Susanne Anwaltskanzlei Lerche, Schröder, Fahlbusch, Wischmann
- ▶ Schulte, Gabriele
- ▶ Schulz, Rita - IN VIA Bayern e. V.
- ▶ Schulze, Annette - Bistum Aachen
- ▶ Schulze-Aissaoui, Ulrike - (I)NTACT e.V.
- ▶ Schumann-Bulda, Meike - ÄGGF e.V.
- ▶ Sim, Juliane - Arbeitskreis Frauengesundheit e.V.
- ▶ Sium Shewa, agisra e.V.
- ▶ Sindbert, Rike - pro familia Nürnberg
- ▶ Sommer, Monika Maria - Kanzlei MSommer
- ▶ Sonnabend, Rebecca
- ▶ Steinke, Elisabeth
- ▶ Terporten, Vanessa
- ▶ Teuner-Berkholz, Susanne
- ▶ Thume, Stefanie-Rechtsanwältin
- ▶ Tiemann, Cäcilia, Gleichstellungsstelle Mülheim an der Ruhr
- ▶ Tonn, Lydia - ira e.V., Aachen
- ▶ Tornow, Peter
- ▶ Ulloa Gomez, Ana Milena - GGUA
- ▶ van Keuk, Eva - Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete Düsseldorf e.V. (psz)
- ▶ Voigt, Monika
- ▶ Vollmer, Sarah - Diakonie
- ▶ Vogt, Judith
- ▶ Vonderbank, Manuela - bequa Flensburg
- ▶ Von Maltitz, Gisela - exilio, Hilfe von Migranten, Flüchtlinge und Folterüberlebende e. V.
- ▶ Wagner, Lara
- ▶ Wagner, Marietta
- ▶ Wangare Greiner -Virginia-Maisha e.V.
- ▶ Wanitschke, Ulrike - Psychosoziales Zentrum Rostock für Geflüchtete & Migrant*innen
- ▶ Warburg-Manthey, Astrid - Samtgemeinde Salzhausen Gleichstellungsbeauftragte
- ▶ Weber, Dorothea
- ▶ Weidinger, Regine - SKF Wiesbaden
- ▶ Weidmüller, Katja - Psychosoziales Zentrum Südbrandenburg, Caritasverband der Diözese Görlitz e.V.
- ▶ Windau, Natalia - BZR
- ▶ Wlassitschau, Regine - pro familia Bundesverband
- ▶ Wunderlich, Tanja, FIM e.V.
- ▶ Wild, Markus - Rechtsanwalt